Gemeinsamer Antrag von SPD-Fraktion und Bezirksratsfrau Kleinert-Pott (FDP)

(Antrag Nr. 15-0241/2021)

Eingereicht am 21.01.2021 um 07:46 Uhr.

gemäß § 93 NKomVG i.V.m. § 9 der Hauptsatzung der Landeshauptstadt Hannover

Stadtbezirksrat Buchholz-Kleefeld

Digitalisierung umsetzen

Antrag

Die Verwaltung stellt den Bezirksratsmitgliedern die passende und notwendige Hardware und Software zur Verfügung, um mobil und **benutzerfreundlich** das Bezirksratspostfach zu nutzen. Dies schließt u.a. vor allem die "push" Funktion bei Emails mit ein. Ziel muss es sein, das Nutzen privater Endgeräte zu ermöglichen. Sollte Hardware zur Verfügung gestellt werden, so ist diese mit der passenden und notwendigen Software auszustatten. Dies schließt vor allem das Senden und Empfangen von Emails mit ein, als auch das Bearbeiten und Erstellen von pdf und word Dateien, sowie das Versehen von pdf Dateien mit Notizen. Alternativ wird die Verwaltung:

- 1. Einen Provider benennen an den E-Mails weitergeleitet werden können oder
- 2. Verschlüsselungssoftware zur Verfügung stellen und einsetzen, um vertrauliche Emails an private Emailadressen weiterzuleiten oder
- 3. eine App zur Verfügung (sandbox) stellen um den Abruf der Emails benutzerfreundlich auf Smartphones zu ermöglichen oder
- 4. die Möglichkeit einer VPN Verbindung ermöglichen, um somit den Abruf der Emails auf privaten Endgeräten zu ermöglichen.
- 5. Die Verwaltung fragt bei anderen staatlichen Organisationen nach, welche Lösungswege diese für die genannte Problematik gefunden haben und berichtet dem Bezirksrat über die Ergebnisse.

Begründung

Im Jahr 2021 muss es möglich sein, eine benutzerfreundliche Nutzung der benötigten Arbeitsmittel zur Verfügung zu stellen. Neben den Kosteneinsparungen von ca. 80 € für das

Drucken von Sitzungsunterlagen im Jahr pro Bezirksratsmitglied (geht aus einer Antwort der Verwaltung auf eine Anfrage eines anderen Bezirksrates hervor) gibt es weitere Gründe die für eine verstärkte Nutzung der digitalen Kommunikation sprechen.

- Die Kommunikation mit z.B. Bürger*innen erfolgt aktuell zum Teil über private E-Mailadressen.
- Der Austausch über "vertrauliche" Drucksachenunter Bezirksratsmitgliedern läuft zwangsläufig im Emailverkehr über private Anbieter.
- Eine wirkliche Reduktion von Druckkosten und Transportkosten lässt sich nur erreichen, wenn wirklich die kompletten Unterlagen digital zugestellt werden können.
- Das Auffinden und suchen von Drucksachen, Informationen ist digital deutlich einfacher als auf gedruckten Papier.

Ebenso hat die Verwaltung in ihrer Antwort auf unsere Anfrage bereits darauf hingewiesen, dass eine erhöhte Nutzung wünschenswert wäre. Eine erhöhte und verbesserte Nutzung wird aber nur erreicht, wenn dies auch Benutzerfreundlich möglich ist. Hierzu nutzen viele Firmen, aber auch staatliche Organisationen bereits das Modell des "bring your own device" oder aber nutzen VPN bzw. auch Verschlüsselungssoftware für das Versenden von vertraulichen bzw. datenschutzrelevanten Informationen. Das dies von der LHH sowohl auf der Stadtratsebene als auch auf der Bezirksratsebene nicht möglich ist, ist nicht nachzuvollziehen.

18.62.04 BRB Hannover / 02.02.2021